Nummer 227 | Halle, Donnerstag, den 27. September 1923 | 58. Jahrgang
Straßenverkaufspreis 2 500 000 M.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ✦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Die Anzeigen werden nach Millimetern berechnet; die Preise hierfür sind freibleibend. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Bezugsunterbrechungen sind stets nur bis zum 20. jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Die Zentrale verbindet mit allen Abteilungen. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halle/Saale". Bank-Rechnung Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Diktatur in Bayern. Ausnahmezustand im Reich.

Bayerische Notmaßnahmen.

Regierungspräsident v. Kahr als Generalstaatskommissar.

München, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die bayerische Staatsregierung erläßt gestern abend einen Aufruf an das bayerische Volk, in dem sie hervorhebt, daß sie den Entschlüssen der Reichsregierung zugestimmt habe unter besonderer Betonung ihres Standpunktes, daß die auch von England anerkannte Rechts- und Vertragsmäßigkeit des Ruhreinbruchs bestehen bleibe, und daß diese Tatsache von der Reichsregierung entschieden herausgestellt und zur Grundlage ihres weiteren Verhaltens gemacht werden müsse. Der von den Einbruchsmächten gebrochene Vertrag von Versailles dürfe auch für uns nicht mehr als verbindlich angesehen werden. Sie erachtet

die Erschütterung durch diese Entwicklung als so stark, daß sie zu Störungen der öffentlichen Ordnung führen könne. Solche würden nichts nützen, sondern die Not und das Elend nur noch vermehren. Das Ansehen Bayerns könnte dadurch auf das schwerste geschädigt werden. In solcher Lage müsse die Staatsregierung die Zügel fest und straff in ihrer Hand behalten. Sie müsse solche schädigenden Störungen der öffentlichen Ordnung verhüten. In diesem Bewußtsein ihrer Verantwortung und angesichts der Gefahren, die die gegenwärtige Lage in sich hat, hat sich die Staatsregierung entschlossen, besondere Maßnahmen vorzunehmen.

Sie hat zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung einen besonderen Generalstaatskommissar in der Person des Regierungspräsidenten Dr. von Kahr bestellt und ihm die gesamte vollziehende Gewalt übertragen. Im Anschluß an diesen Aufruf erläßt die bayerische Staatsregierung eine Verordnung über einstweilige Maßnahmen zum Schutze und zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, in der sie das Amt der vollziehenden Gewalt dem Generalstaatskommissar überträgt.

*

Die Meldungen aus Bayern, die bis zur Stunde des Redaktionsschlusses vorliegen, lassen noch nicht klar erkennen, welchen Zweck die Einrichtung einer Diktatur Kahr verfolgt. Aus dem Verbot der für heute angesagten nationalsozialistischen Versammlungen läßt sich schließen, daß die bayerische Regierung gewillt ist, Putschversuche von seiten der Hitlerschen Verbände zu unterdrücken. Auf der anderen Seite aber deuten die zeitlich starke Betonung der bayerischen außenpolitischen Sonderwünsche in der Begründung des bayerischen Schrittes und ferner das, was zwischen den Zeilen des ersten Kahrschen Aufrufes zu lesen ist, darauf hin, als ob man auch in maßgebenden bayerischen Regierungskreisen die Stunde für eine Generalauseinandersetzung mit dem Reiche und den roten mitteldeutschen Ländern für gekommen erachtet. Fest steht, daß Bayerns Schritt der Auftakt zu ernsteren Gefahren für die Reichseinheit ist, weil auch selbst der ehrliche Wunsch der bayerischen Regierung, durch Errichtung einer Diktatur die Ruhe und Ordnung sicher zu stellen, ohne Zweifel eine rote Reaktion in Mitteldeutschland entfachen muß. So sehr das nationale Bekenntnis, das uns immer wieder aus Bayern entgegenschallt, zu würdigen ist, und so sehr wir gewünscht haben, daß immer in den verflossenen vier Jahren auf Bayerns Forderungen gehört worden wäre, so bedauerlich bleibt der Schritt der bayerischen Regierung im jetzigen Augenblick einer inner- und außenpolitischen Krisis.

Die Reichsregierung ist noch in dieser Nacht zusammengetrommelt worden und hat durch Verhängung des Ausnahmezustandes und durch Uebertragung der vollziehenden Gewalt an den Reichswehrminister den Gefahren, die für die Reichseinheit und für Ruhe und Ordnung drohen, vorbeugen wollen. Wir können uns leider nicht der Ansicht anschließen, daß Bayerns Vorgehen und das des Reiches in gegenseitiger Uebereinstimmung erfolgt sind. Vielmehr dürfte der Ausnahmezustand im Reiche eine scharfe Antwort auf die bayerischen Schritte darstellen. Ebensowenig haben wir die Hoffnung, daß die innerpolitische Gärung im Reiche und ihr Ausfluß in diktatorischen Maßnahmen irgendwie außenpolitisch Wirkung haben wird insofern, als sich z. B. Frankreich nun doch überlegt, wohin seine Gewaltpolitik uns getrieben hat. Poincaré wird ebenso gemütsruhig wie bisher dem Ganz der Dinge zuschauen und auch England wird kaum daran denken, den Finger krumm zu machen. Hoffen wir, daß in Bayern die Vernunft obsiegt und daß die Reichsregierung rücksichtslos von ihren Machtmitteln Gebrauch macht, falls die Kommunisten die Gelegenheit zu putschen für geeignet erachten. Innerpolitische Auseinandersetzungen können uns jetzt nicht retten. Sie sind nur geeignet, unser nationales Unglück so zu vergrößern, daß ein Wiederaufrichten unmöglich wird.

* * *

Die erste Kundgebung des bayrischen Diktators.

München, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der neuernannte Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr erläßt folgende Kundgebung:

In ernster Stunde übernehme ich meiner Vaterlandspflicht folgend, das Amt des Generalstaatskommissars für Bayern. Meine Amtshandlungen werden getragen sein von alter Liebe zur bayerischen Heimat, zum deutschen Volke und zum großen deutschen Vaterland. Ich will mich dabei stützen auf alle Kreise, die deutschen Stammes sind und in unserem Vaterland gleich mir ehrlich fühlen wollen. Gegen alle vaterlandsfeindlichen Handlungen wie jeden Widerstand gegen meine Anordnungen werde ich meine Machtmittel rücksichtslos einsetzen.

München, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Generalkommissar für Bayern, Dr. v. Kahr, hat die für heute abend angesagten 14 großen Versammlungen der nationalsozialistischen Arbeiterpartei **verboten.**

Berlin, 27. September. (Eig. Drahtmeldung.) An hiesiger amtlicher Stelle hören wir zu den Vorgängen, die zu den beiden Ausnahmeverordnungen der bayerischen und Reichsregierung geführt haben, daß die bayerische Regierung in durchaus loyaler Verbindung mit dem Reichskabinett steht und jede separatistische Tendenz ihrer Schritte ganz entschieden von sich weist. Die Ausnahmeverordnungen in Bayern dienten in erster Linie dem Zweck, die illoyalen Bestrebungen jeder Richtung niederzuhalten. Für die Reichsregierung bedeuten die bayerischen Vorgänge nur einen letzten Anlaß zur Verhängung des Ausnahmezustandes.

* * *

Der Ausnahmezustand.

Die vollziehende Gewalt beim Reichswehrminister.

Berlin, 27. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die Reichsregierung trat heute um Mitternacht zu einer Sitzung zusammen, die sich ausschließlich mit den Entschließungen der bayerischen Regierung befaßte. In Verfolg der Sitzung erließ der Reichspräsident eine Verordnung auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung, die bestimmt, daß

zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet die Artikel 114, 115, 117, 118, 124 und 153 der Reichsverfassung bis auf weiteres außer Kraft gesetzt werden. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe ins Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnung von Haussuchungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkung des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig. Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister über, der sie auf militärische Befehlshaber übertragen kann.

*

Berlin, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) Auf Anordnung des Polizeipräsidenten ist die Berliner Schutzpolizei anläßlich des Ausnahmezustandes dem Reichswehrminister zur Verfügung gestellt worden. Die gesamte Schutzpolizei untersteht von heute ab dem Reichswehr-Gruppenkommando 3. Alarmbereitschaft ist noch nicht befohlen.

* * *

Erklärungen bayerischer Berufsverbände.

München, 27. Sept. (Eig. Drahtmeld.) Der sozialistische Parlamentsdienst veröffentlichte dieser Tage einzelne Stellen eines vertraulichen Rundschreibens des Bayerischen Verkehrsbeamtenvereins, das den Reichsjustizminister veranlaßte, den Oberreichsanwalt zu beauftragen, gegen den Verbandsvorsitzenden das Verfahren wegen Hochverrats einzuleiten. Der Bayerische Verkehrsbeamtenverein teilt hierzu mit, daß der sozialistische Parlamentsdienst den tatsächlichen Inhalt aus dem Zusammenhang gerissen habe, wodurch ein ganz falsches Bild entstanden sei. Die Tendenz des Rundschreibens gehe zweifellos aus der Einleitung desselben hervor, in der es wörtlich heißt,

„Es ist mit ziemlicher Sicherheit mit dem Ausbruch schwerer Unruhen zu rechnen. Für uns als Standesorganisation ist es von vornherein ausgeschlossen, uns zu diesen Vorgängen irgendwie politisch einzustellen. Für uns gilt es lundzutun, welchen Standpunkt wir als Beamte der lebenswichtigen Betriebe im Interesse der Bevölkerung beim Eintritt irgendwelcher Ereignisse, an deren Entwickelung wir keinen Anteil haben, einzunehmen haben.

Im übrigen bemerkt der Bayerische Verkehrsbeamtenverein, daß der Vorsitzende des Vereins der Untersuchung durch den Herrn Oberreichsanwalt mit größter Gelassenheit entgegensieht.

*

München, 27. Sept. (Eig. Drahtmeldung.) Der Bayerische Industriellenverband veröffentlicht einen Aufruf, wonach an der Treue zum Reich festgehalten werden müsse. Jede Störung der wirtschaftlichen Ordnung und des inneren Friedens müsse jetzt vermieden werden. Die Opferwilligkeit der Industrie gegenüber den Staatsnotwendigkeiten werde nicht erlahmen. Alle Opfer seien aber vergeblich, wenn nicht die Grundursachen unseres Wirtschaftselends erkannt und beseitigt werden. Diese Ursachen seien der schematische Achtstundentag, der Mangel an Sparsamkeit in öffentlicher Verwaltung und privaten Kreisen, der aufgeblähte Verwaltungsapparat, die Ueberzahl der Gesetze, die einem verarmten Volke nicht zukommende überspannte soziale Gesetzgebung.

Amtliche Mitteilung an die Ententemächte.

Berlin, 27. September. (Eig. Drahtmeldung.) **Die gestrige Kabinettssitzung hat die am Vormittag noch strittige Frage, ob eine Bekanntgabe der Einstellung des passiven Widerstandes an die Entente erfolgen solle oder nicht, nunmehr dahin entschieden, daß das Kabinett eine solche amtliche Mitteilung über die Einstellung des passiven Widerstandes und die Aufhebung der dazu erlassenen Verordnungen den Ententemächten übermitteln wird.**

*

Die Reichsregierung hat die notwendigen Vorbereitungen zum schnellen Abbau der Ruhrfront getroffen. Sie plant u. a., einen besonderen Kommissar mit der Abwicklung zu betrauen. Auch die großen Organisationen dürften im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung im Verlauf des Donnerstag zu Besprechungen über den Abbau des passiven Widerstandes zusammentreten.

Die verlorene Ruhrschlacht.

Erkenntnisse aus der Vergangenheit, Wegweiser für die Zukunft

Der Kampf ist abgebrochen. Wir haben die Waffen des sogenannten passiven Widerstandes niedergelegt. Nicht auf Befehl Poincarés, auch nicht, weil unsere Brüder an Ruhr und Rhein vor den französischen Bajonetten und Maschinengewehren bangten, sondern deshalb, weil unser Pulver verschossen ist, weil wir nicht die finanziellen Mittel haben, um aus dem Widerstande an Ruhr und Rhein auch weiterhin ein politisch wirksames Instrument zu machen. Es ist verständlich, daß die Nachricht vom Abbruch des Widerstandes die Herzen aller national Empfindenden tief erschüttert hat, und es ist ebenso verständlich, daß eine leidenschaftliche Gegnerschaft gegen den Entschluß der Regierung aufwallt. Das deutsche Volk ist in den letzten Jahren mißtrauisch geworden. Es hörte zu oft in nationaler Abwehrstimmung Worte des Durchhaltens, Beteuerungen seiner Regierungen und Schwüre der verantwortlichen Staatslenker. Und es sah noch immer seine Regierung im entscheidenden Augenblick umfallen: Versailles, Oberschlesien, Londoner Ultimatum. Die Regierung Stresemann ist frei von diesem Vorwurfe zu sprechen. Sie hat vom Tage ihres Regierungsantritts an in ihre Ueberzeugung von unserer wirtschaftlichen und politischen Schwäche den Kurs gesteuert, der mit der gestrigen Regierungsproklamation einen Abschluß gefunden hat. Aber es wäre ein außergewöhnliches Maß von Vertrauen, wenn im kritischen Augenblick des Rückzugsbefehls das ganze Volk sich hinter den verantwortlichen Führer scharte. Es wäre auch unklug, weil erst die Zeit lehren kann, ob der Reichskanzler und die Regierung unsere Gesichtslage in der Schlacht an der Ruhr richtig eingeschätzt haben.

Aber mußte alles so kommen? Wir wollen nicht in der Vergangenheit wühlen, um parteipolitischen Hader in diesen Tagen tiefster nationaler Erschütterung des deutschen Volkes heraufzubeschwören. Aber wir müssen aus den Fehlern, die wir in der Ruhrschlacht gemacht haben, lernen, um die richtige Taktik bei dem weiteren Kampfe, dem Ringen um Deutschlands Einheit und um die Freiheit deutschen Landes und unserer Brüder an Rhein und Ruhr, einzuschlagen. Wir haben, alle ohne Ausnahme, den Widerstand mit Herz und Hand lebhaft, ja stürmisch begrüßt. Wir waren gewillt, Gut und Blut für Freiheit, Ehre, Vaterland einzusetzen. Aber nur für Wochen, dann packte uns das Dollarfieber. Selbstsucht und Eigennutz ließen uns die höheren nationalen Ziele vergessen. Wir haben in den letzten Wochen dieses Schuldkonto des deutschen Volkes in unseren Spalten schon oft erörtert. Aber auch in unserer Regierungsund Parteipolitik wurden grobe Fehler und unheilvolle Schnitzer gemacht, die sich jetzt bitter rächen. Der ganze Kampf wurde falsch aufgezogen, als er nicht von wirtschaftspolitischen Gesundungsmaßnahmen begleitet war. Mit den schwachen, finanziellen Mitteln, die wir hatten, konnten wir nicht siegen. Von einer verschärften Erzeugung im unbesetzten Deutschland aber hat man kaum zu sprechen gewagt. Die Opfer, die wir vom Februar bis April zur Stabilisierung der Mark brachten, hätten wir besser verwenden sollen, die deutsche Wirtschaft auf ein Höchstmaß von Leistungsfähigkeit zu bringen. Rechtzeitige Notstandsarbeiten im größten Stil hätten daneben der jetzt drohenden Gefahr erschreckender Arbeitslosigkeit vorgebeugt. Der eiserne Wille zu solchen wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen fehlte.

Es hat keinen Sinn in diesen bitterernsten Tagen, ein Blatt vor den Mund zu nehmen, weil wir noch nicht am Ende sind, sondern den Kampf um Freiheit mit allem Schweiße der Hände, des Herzens und des Hirns führen müssen. Fehler, die gemacht wurden, dürfen nicht wiederholt werden. Wir dürfen keine Neuauflage des elenden parteipolitischen Schachers erleben. Cunos Regierung griff wirtschaftspolitisch nicht durch, weil sie den Widerstand der Sozialdemokratie fürchtete. Daneben her ging die verderbliche Finanzpolitik von Hermes, der sich wieder der geheimen Unterstützung der Sozialdemokratie zu erfreuen hatte. Schließlich war auch die außenpolitische Einstellung unserer Sozialdemokratie eine einzige Kette von Fehlern. Es sei nur daran erinnert, daß die Sozialdemokraten stets auf Verständigung drängten und der Regierung Cuno den Hereinfall mit den verschiedenen Angeboten bereiteten, Angebote, über die in keinem Falle verhandelt wurde, die Poincaré schnöde zurückwies und die von Curzon achselzuckend zu den Akten gelegt wurden, weil es auf Biegen oder Brechen ankommen sollte. Und es sei erinnert an die Reden des sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner, die Poincaré die Bürgschaft dafür gaben, daß der Kampf in Deutschland innerpolitisch aufgerollt würde. Wollen die Sozialdemokraten wirklich behaupten, sie hätten das Gras wachsen hören, als sie lärmend auf Lord Curzons Mairede das deutsche Angebot forderten, auf das hin uns von den Engländern etwa bedeutet wurde, wir fielen ihnen auf die Nerven?

Dennoch: die Ruhrbevölkerung hat einen Kampf gekämpft von überwältigender nationaler Größe. Das deutsche Volk hat ihr und den deutschen Brüdern am Rhein eine gewaltige Dankesschuld abzutragen, vor allem denen, die furchtlos die Schrecken der Verfolgung auf sich nahmen, die sich einkerkern ließen für das höchste Gut des Mannes: für Volk und Vaterland. Der Kampf ist abgebrochen. Aber das schwerste und zäheste Ringen steht uns noch bevor: die Freiheit der Treuen, denen wir mit Treue lohnen müssen, und die Freiheit der deutschen Erde. Das Ringen ist furchtbar schwer! Wir können nicht mit offener

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230927019/fragment/page=0001

Waffengewalt **uns** der überwältigenden französischen Wehrmacht erwehren. **Die „Nie-wieder-Krieg"**-Stimmen der Sozialdemokratie, die noch immer auf den Gösen „Internationale" hofft, und die pazifistisch-demokratische Einstellung anderer Volkskreise machen den Weg, den Stresemann gehen will, unendlich schwer. **Er hat es verkündet und das deutsche Volk wird ihn beim Wort halten: Bis zum Abbruch der Ruhrschlacht und keinen Schritt weiter!** Ein unbedingtes „Nein" soll Poincaré entgegenschallen, sobald er bei Verhandlungen die Bedingungen, die die deutsche Ehre stellt, Freilassung der Gefangenen, Rückkehr der Vertriebenen, deutsche Staatshoheit im deutschen Lande, nicht erfüllt. Ob Herr Stresemann diese weitere Aufgabe bei dem stark sozialistischen Einschlag seiner Regierung erfüllen kann, und ob er damit zu dem Führer wird, nach dem sich das deutsche Volk sehnt, das ist die Schicksalsfrage der nächsten Wochen.

Böswillige Hetze.

Der Anteil der Industrie an der Rhein- und Ruhrhilfe.

Berlin, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Telegraphenunion" erfährt aus dem Ruhrgebiet:

Ueber die **Kreditgewährung** des Reiches, insbesondere über die Rhein-Ruhr-Unterstützung, werden völlig irreführende Gerüchte verbreitet. Insbesondere wird über die ungeheure Summe gesprochen, die Kohlenbergbau und Großeisenindustrie erhalten hätten. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Gesamtheit der eisenschaffenden Industrie während der ganzen Dauer der Ruhraktion, und zwar bis zum Abschluß der zweiten Septemberwoche, rund 20 Millionen Goldmark aus der Rhein-Ruhrhilfe erhalten hat.

Diese Summe entspricht etwa 0,08 Proz. der gesamten für Rhein und Ruhr aufgewandten Beträge.

Damit konnte selbstverständlich nur ein bescheidener Teil der verausgabten Löhne und Gehälter gedeckt werden. Nebenhergehend sind wertbeständige Kredite in Form von reinen Warenwechseln in Anspruch genommen worden, d. h., daß die Industrie in weitgehendstem Maße, in vielen Fällen ihre gesamte Substanz dem Reich gegen Wechsel verpfändet hat. Wenn ein Berliner Blatt behauptet, daß diese Kredite zu Anfang nicht wertbeständig gegeben worden seien, so ist das für die obengenannte Gruppe der Industrie unrichtig. Die Kredite waren vom ersten Tage an wertbeständig.

Die dem Ruhrbergbau zugeflossenen Lohnsicherungsgelder betrugen ebenfalls nur einen verhältnismäßig niedrigen Anteil der Gesamtausgaben, nämlich 7,8 Proz., während die Belegschaft des Ruhrbergbaues mit ihren Familien fast 20 Proz. der Bevölkerung des gesamten Gebietes ausmacht.

Die organisierte und kontrollierte einheitliche Zuweisung von Zahlungen an die im rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat vereinigten Ruhrzechen wie an die in der Stahlfinanzierungsgesellschaft vertretenen Hüttenwerke hat jeden Mißbrauch verhindert. Zudem sind alle Unterstützungsmaßregeln im Kohlenbergbau seitens des Reichskohlenrates, also auch seitens der Arbeitnehmer, einhellig gebilligt worden. Die Angriffe eines Teiles der Presse können nur als absichtliche Hetze bezeichnet werden.

Wiederaufnahme der Arbeit bei der Post.

Mainz, 26. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die Beamten der Post- und Telegraphenämter, die im Februar den Dienst eingestellt hatten, werden am 1. Oktober die Arbeit wieder aufnehmen. Nach dem Beispiel von Koblenz wird das Wiesbadener Telegraphenamt am Mittwoch seinen Dienst wieder aufnehmen, nachdem es seit Mitte Februar stillgelegen hat.

*

Keine Verkehrssperre am 1. Oktober. Wie uns mitgeteilt wird, entbehren die Gerüchte von einer am 1. Oktober neu eintretenden Grenzsperre zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet jeder Grundlage. An diesem Tage werden lediglich die bisher gültigen Brückenpässe außer Kraft gesetzt und neue ausgegeben.

Student Raabe geistesgestört. Wie die Telegraphen-Union aus dem besetzten Gebiet erfährt, hat der von den Franzosen zum Tode verurteilte Student Raabe aus Düsseldorf, der auf marschierende französische Truppen eine Handgranate warf, schon seit längerer Zeit Spuren geistiger Störung aufgewiesen. Aus diesem Grunde wurde das Todesurteil bisher nicht vollstreckt und Raabe einer Irrenanstalt zur Beobachtung überwiesen. Es ist deshalb mit einer Aufhebung der verhängten Todesstrafe zu rechnen.

Kundgebung gegen die Sonderbündler. Eine große Kundgebung ist in Köln von allen politischen Parteien des Rheinlandes für den kommenden Sonntag auf dem Messegelände geplant. Die Massenkundgebung soll die Bevölkerung Kölns und seiner weiteren Umgebung zum Einspruch gegen die jüngsten sonderbündlerischen Pläne aufrufen und in diesen Schicksalstagen des Rheinlandes das Treuegelöbnis des Rheinlandes erneuern.

Die Gründe der Regierung.

Der Kanzler vor dem Auswärtigen Ausschuß.

Berlin, 27. September. (Eig. Drahtmeldung.) Reichskanzler Dr. Stresemann betonte in seiner Rede vor dem Auswärtigen Ausschuß, daß er angesichts der schweren Entscheidung, die die Reichsregierung getroffen habe, ein Bild der außenpolitischen Lage zu geben wünsche, wie sie sich seit dem Wechsel des Kabinetts vollzogen habe. Die Reichsregierung habe sich entschlossen, den passiven Widerstand aufzugeben und werde demzufolge die Verordnungen zurückziehen, die sich auf seine Durchführung bezogen. — Der passive Widerstand hätte seinen Höhepunkt überschritten und eine anfängliche moralische Spitze allmählich eingebüßt. Eine nachträgliche Kritik, ob er durch eine andere Führung hätte erfolgreicher gestaltet werden können, ändere nichts an dieser Tatsache.

Nach den Angaben der berufensten Vertreter aus dem besetzten Gebiet hätte der passive Widerstand nur noch eine gewisse Zeit aufrechterhalten werden können, ohne ihn der Gefahr eines Zusammenbruches in sich selbst auszusetzen.

Der Kanzler legte dann des näheren das Verhältnis der Ruhrausgaben zur der Finanzlage des Reiches dar, das in Bälde den schwersten finanziellen, in seinen Folgen nicht zu übersehenden Zusammenbruch zu bringen drohte. Er wandte sich dagegen diejenigen, die heute die schärfste Steuermaßnahmen zur Fortführung des passiven Widerstandes forderten und die die gleichen seien die sich noch wenn gegen die allzu große Belastung durch die zuletzt vom Reichstag bewilligten neuen Steuern gewandt hätten. Die Ueberlassung, ob die Fortführung des passiven Widerstandes durch einen teilweisen Abbau der Ruhrkredite möglich gewesen sei, hätte ein negatives Resultat ergeben. Durch eine solche Maßnahme sei weder der passive Widerstand nachdrücklich aufrechtzuerhalten, noch auch die Gefahr des finanziellen Chaos abgewendet gewesen. Dem drohenden vollkommenen Währungsverfall hätte man doch nicht entgegentreten können. Nach Prüfung der Sachlage habe sich daher das Reichskabinett schon vor längerer Zeit entschlossen,

die Aufgabe des passiven Widerstandes zu erwägen. Die Versuche, die Stillegungen des Widerstandes zu verbinden mit französisch-belgischen Maßnahmen zur Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen usw. seien erfolglos geblieben, da der französische Ministerpräsident sich auf den Standpunkt festgelegt hätte, vor Abbruch des Widerstandes nicht in Verhandlungen einzutreten.

So habe man sich dazu entschließen müssen, den Ruhrkampf aus innerpolitischen wie außenpolitischen Momenten aufzugeben, weil dessen Fortführung ohne jeden Zweifel zu einem vollkommenen Zusammenbruch im Innern geführt hätte. Diese Sachlage sei geschaffen worden durch die Entwicklung der machtpolitischen Verhältnisse, die stärker gewesen seien, als die moralische Gegenwehr, die das Deutsche Reich demgegenüber hätte aufzubringen vermocht. Was die Vorbereitungen beträfe, um das Ruhr- und Rheingebiet nunmehr in einen einigermaßen normalen Zustand zu überführen, so könnten hierfür nur Eventual-Richtlinien festgelegt werden, da es nicht von Deutschland allein abhänge, wie sich diese Dinge nunmehr vollziehen sollen. Der Reichskanzler betonte nochmals, daß in der Aufgabe des passiven Widerstandes in all den Beratungen der letzten Tage nicht von einer einzigen Seite ausgesprochen worden sei, daß man sich von einer Fortsetzung des Widerstandes bei Finanzierung von deutscher Seite irgend etwas versprüche.

Der deutschnationale Vorschlag, mit Frankreich zu brechen und die Verpflegung der besetzten Gebiete sowie die Wiederinstandsetzung ihres Wirtschaftslebens zunächst der Sorge Frankreichs und Belgiens zu überlassen, habe gerade bei Vertretern jener Gebiete die schärfste Verurteilung erfahren. Man würde darin im Rheinland ein Aufgeben, ja vielleicht einen Verrat am Rheinlande sehen.

Der Aufruf, den die deutsche Regierung gemeinsam mit dem Herrn Reichspräsidenten erlassen habe, bringe zum Ausdruck, um was bei den Verhandlungen, vor denen man stehe, zu kämpfen sei. Das seien vor allem die großen Menschheitsfragen, die Fragen der Gefangenenfreilassung und der Zurückführung der Vertriebenen, sowie die großen politischen Fragen über die Zukunft des deutschen Rheins und der deutschen Ruhr. Die Erklärungen, die in dem Aufruf abgegeben seien, würden die festen Grundlinien bilden, nach denen die Reichsregierung handeln werde. In der auf die Rede des Reichskanzlers im Auswärtigen Ausschuß

folgenden Diskussion

billigten die Abgeordneten Graf Bernsdorff (Dem.), Dr. Breitscheidt (Soz.), Dr. Spahn (Ztr.) und Dr. Scholz (DVP.) die Ausführungen des Reichskanzlers und stellten sich hinter die Politik der Reichsregierung. Abg. Dr. Helfferich (Dn.) forderte, daß der passive Widerstand durchgehalten werden müsse. Abg. Koenen (Komm.) mißbilligte die Form des Abbruches des passiven Widerstandes. Für die Liquidierung der Ruhrkrisis sei eine Arbeiter- und Bauern-Regierung und die Sachwertersassung Voraussetzung gewesen. Zum Schluß sprach noch Abg. Müller-Franken (Soz.), der ausdrücklich jedes Wort des Aufrufes der Reichsregierung billigte. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. — Nachzutragen ist noch, daß zum Vorsitzenden des Ausschusses Dr. Scholz (Dvpt.) gewählt wurde.

*

Im Reichstag wird die große politische Aussprache, die der Aeltestenrat beschlossen hat, erst am Dienstag nächster Woche stattfinden. Es wird angenommen, daß der Reichskanzler selbst in dieser Sitzung sprechen wird. Die für Donnerstag angesetzte Plenarsitzung wird mit der bereits bekanntgegebenen Tagesordnung abgehalten werden. Am Freitag wird sich der Reichstag mit der Abänderung des Bankgesetzes und am Mittwoch nächster Woche mit dem Währungsgesetz beschäftigen.

Die wiedererscheinende Repko.

Paris, 27. September. (Eig. Drahtmeldung.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" löst heute das Rätsel des Pariser Kommuniqués über den Besuch Baldwins bei Poincaré und klärt es dahin auf, daß die Note in erster Linie für die deutsche Regierung bestimmt gewesen sei, um jeden Rest von Illusion über die Möglichkeit einer englischen Intervention zu zerstören. In Erörterung der Einstellung des Ruhrkampfes regt die „Times" eine sofortige interalliierte Konferenz an und die Ernennung der Expertenkommission durch die Reparationskommission, wodurch der britischen und französischen Auffassung genügt würde und Amerika durch die Herbeiziehung eines amerikanischen Sachverständigen wieder aktiv in den europäischen Fragen interessiert werden könne.

Der „Waffenstillstand" an der Ruhr.

Die Erwartungen Poincarés. Ministerrat in London.

Paris, 27. September. (Eig. Drahtmeldung.) Poincaré erklärte nach seiner Rückkehr nach Paris, die Nachricht, daß Deutschland den passiven Widerstand aufzugeben beabsichtige, sei ein wertvolles Symptom, aber auch nicht mehr. Nunmehr müsse Deutschland die notwendigen Bestimmungen erlassen, um die Wiederaufnahme der industriellen Tätigkeit zu ermöglichen. Offizielle Mitteilungen der Blätter sprechen von einem industriellen und wirtschaftlichen Waffenstillstand an der Ruhr.

Paris, 27. September. (Eig. Drahtmeldung.) Wie der Pariser Berichterstatter der „Telegraphen-Union" erfährt, erwartet die französische Regierung von dem Kabinett Stresemann noch Zurückziehung aller Verordnungen betreffend den passiven Widerstand offizielle Vorschläge zur Lösung des Reparationsproblems. Gegenüber der Proklamation des Reichspräsidenten betonen die Pariser Blätter, die Annesterung der Verurteilten und die Rückkehr der Vertriebenen hänge einzig und allein von dem Willen Poincarés ab.

*

London, 27. September. (Eig. Drahtmeldung.) Heute vormittag um 11½ Uhr fand ein Ministerrat statt, worin Baldwin über seine Unterredung mit Poincaré Bericht erstattete und weiterhin die durch das Aufgeben des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet geschaffene Lage erörtert wurde. Ueber das Ergebnis dieser Erörterung wird ebenso wie über die geirrige Auseinandersetzung zwischen Baldwin und Lord Curzon in den beteiligten Kreisen Londons strengste Stillschweigen bewahrt. Man glaubt, daß die Regierung vorläufig keinen Beschluß fassen wird und, daß eine Erklärung des Ministerpräsidenten nicht vor dem Zusammentreffen der groß-britischen Konferenz zu erwarten ist.

Freiherr von Heyl gestorben. Der bekannte Großindustrielle Freiherr von Heyl zu Hernsheim, früher langjähriger Reichstagsabgeordneter der Nationalliberalen Partei und Mitglied der 1. Hessischen Kammer, ist gestern im Alter von 80 Jahren auf seiner Besitzung Pfaneenmoos in der Schweiz gestorben.

Entlassung der verhafteten Rechtsradikalen. Die bei der am Dienstag abend durch Beamte der Abteilung Ia erfolgte Aushebung einer Selbstschutzversammlung verhafteten neunzehn Personen sind im Laufe des Mittwoch sämtlich wieder auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem sie den ganzen Tag über einer eingehenden Vernehmung unterzogen worden waren.

Verbot der „Deutschen Tage" in Preußen. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß der preußische Minister des Innern, Severing, die „Deutschen Tage" in Preußen allgemein verboten hat.

„Hans Peter Kromm, der Lebendige"

Eine Geschichte von Ufer zu Ufer

von **Johanna Wolff.**

(49. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Wielange sie ihn noch hielt, die Zeit war ihr zeitlos geworden, ihre Glieder fühlte sie nicht mehr. Nur ihn so durchhalten! So durchtragen, noch einmal dem Leben entgegen.

Im Morgengrauen steckte Dunnerklaas den Kopf zur Tür herein, das Runzelgesicht bewegt in Aengsten, da er die Frau auf Knien fand.

Sie zog leise ihre Arme zurück und ließ sich von dem Knechtlein aufhelfen, ließ sich stützen und hinausführen; als sie ihre Stube betrat, sank sie ohnmächtig nieder. Zu sich gekommen, lag sie in ihrem Bett und ein schlankes Jüngferchen saß daneben und hielt ihre Hand: Hilde war's.

„Vater schickt mich her, ob ich etwas helfen kann."

Jetzt kamen der Abgespannten die Tränen, unaufhaltsam, und Blondi legte ihren Kopf auf das Kissen und weinte mit . . .

War da noch etwas Kleinliches in Meretens Sinn und Seele gewesen, so wurde es jetzt weggeschwemmt: „Kind, liebes," sagte sie mit Zärtlichkeit, „ja, ja, du kannst helfen, hilf mir das Peterle retten! Ich glaube, jetzt — jetzt wird er gesund werden."

Doktor Hezel bestätigte das. Ihr aber, der völlig Erschöpften, verordnete er Ruhe. Hilde sollte den Hausdienst übernehmen und Stärkungsmittel bereiten. Sie saß nur als Wache bei Hans Peter, wenn er schlief. Bald aber hatte der Kranke ihre Nähe verspürt, und auch der kluge Arzt hatte etwas verspürt. „Wir Alten dürften hier bald entbehrlich sein," sagte er mit seinem Lächeln, „gut so. Es geht alles ganz natürlich zu."

Jetzt erst wurde Hans Peter mit Vorsicht eröffnet, daß das verletzte Auge herausgenommen war, und daß Doktor Hezel an künstlichen Ersatz dachte. Beinahe fing der Genesende wieder zu toben an.

„Ein-Auge"! Sein Gesicht wurde düster und zugeschlossen — auch nor Hilde.

„Mensch!" sagte Dunnerklaas, „besser mit einem Auge lebendig, als mit zweien tot! Und tot wärst du beinah gewesen, tja Hätten wir den Luder doch erseufen lassen — tja — tja."

Ein Auge.

War es wirklich besser mit einem Auge lebendig zu sein, als mit zweien tot? **Verschandelt war er, verschandelt mußte er** bleiben sein Leben lang! Auch von ihm würden die Leute sagen: Hüte dich vor dem, den Gott gezeichnet hat. Und sie würden ihm auf der Straße nachsehn.

„I wo," beschwichtigte ihn das Knechtlein, „wenn du ein Auge im Kopfe hast, wirst du bald gewahr werden, wieviel andre ebenso in der Welt umherlaufen."

Hans Peter wollte auf keinen Trost hören und schlug mit den Armen auf die Bettdecke, um seinem Jammer Luft zu machen.

„Klopf man, klopf, schließlich haben wir gut reden, was? Wenn mir der kleine Finger wehtut, fühl' ich das schlimmer, als wenn sie einem andern die ganze Hand abnehmen." Und Dunnerklaas wischte heimlich das Nasse ab, das ihm in die Augen gestiegen war.

„Schau her," meinte er ein andres Mal, „zwei solche Augen waren zuviel für dich. Hättst ja dem Herrgott in seine Wunder hineingeguckt."

Doch Hans Peter kam sich betrogen vor. War der schöne Traum, den er damals vom Vater geträumt, nicht wie eine Verheißung gewesen? Und hatte er nicht redlich seinen guten Willen dem Leben zur Verfügung gestellt? Wie mußte gerade ihm, der sich nie in schlechte Gesellschaft mischte, dieses zustoßen? Vielleicht hätte er mit beiden Augen beim Malen bleiben sollen, jetzt — jetzt langte das eine zu — —

Bitterkeit kam über ihn und wäre Verzweifeln geworden, hätte nicht die liebe, lichte Gestalt an seinem Lager gesessen; die Lieblichkeit, die da im Werden war, sah er mit einem Auge so gut, als hätte er zwei gehabt.

Hilde, lang und schlank, hatte sich noch immer nicht ganz aus den Deublättern des Kinderhatten herausgeschält. Oder würde sie, wie die Wasserrosen, ihr Leben lang von einer leuchten Einhülle umschlossen bleiben? Das früher allzu weißliche Blondhaar hatte sich ins goldne getönt, wahrscheinlich war ihm bei der Tante mehr Pflege und Sorgfalt gewidmet worden; die blauen Augen aber blickten unschuldig wie zuvor, und der bloßrote Mund sah nicht danach aus, als zitterte er vor heimlicher Begier, wachgeküßt zu werden von Männerlippen.

Man hätte sich diese Mädchenerscheinung auch nicht mit rundlichen Formen denken können, doch spürte man, diese war nicht fertig mit ihrem Werden; irgendwo, irgendwie würde da etwas aus träumenden Tiefen emporlauchen — vielleicht etwas sehr Unvermutetes; aber rein und fein würde es immer sein . . .

Sie sagten sich kein Wort von Liebe, diese beiden jungen Menschenkinder. Nur ihre Hände ruhten ineinander und auf ihren Angesichtern lag Innerlicht. Und wie auch Hans Peter **ungezählte Fragen stellte an sich selbst, an die Zukunft, an dies** und das — an Hilde stellte er keine. Sicher wie das Vaterunser wußte er: Wie ihr Gutsein ihn als Ein-Auge umfangen, so würde sie bei dem Ein-Auge bleiben — sie hatte ihn lieb . . .

So kam er nach und nach zur Gelassenheit, und zuweilen lachte er wieder, wenn er sah, wie seine Arme und Beine Fleisch ansetzten, oder wenn er bei der Mutter gehen lernte.

Schonung und immer wieder Schonung verlangte der gute Doktor Hezel. Das Herz müsse sich noch kräftigen und der entzündliche Reiz in der Stirnhöhle völlig überwunden werden, damit eine Wiederholung sicher ausgeschlossen sei.

„Wiederholung!" Hans Peter erschrak. Aber der Arzt tröstete ihn, nur als Ursache zur Geduld hätte er darauf hingewiesen.

Wenn die Mutter allein bei ihm weilte, gab der Genesende sich besondere Mühe, fröhlich und aufgeräumt zu sein. Wie hatte die zuvor noch gut aussehende Frau sich in dieser Zeit verändert! Ihr schönes Haar war dünn und grau geworden, durch ihr Gesicht zogen sich viele feine Linien und Furchen, die früher nicht dagewesen, und die sonst eindringlich schauenden Augen lagen wie verblaßt unter der schärfer hervortretenden Stirn. Beinahe demütig benahm sie sich ihrem Jungen gegenüber.

Des Vaters Bild, das der Ungestüme einst mittendurch gerissen, hing jetzt geschickt zusammengefügt über seinem Bett. Wenn ihr Blick darauf fiel, seufzte sie.

„Hätt' ich dich nur deinen Weg gehen lassen, Peterle," sagte sie, „wärst wahrscheinlich nach Rom oder sonst wohin gekommen und wärst dem Menschen nicht ins Messer gelaufen — Strafe ist's für meine Schuld."

„Aber Mutter! Wie kannst du nur!" sagte er dann liebreich. „Wenn ich ein rechter Maler gewesen wär' und mein Sinn ganz einheitlich darauf gestanden hätt' — meinst du wohl, du hätt'st mich davon abdrängen können? Du und keine Macht der Welt hätt's vermocht. Ein Halber war ich, und ich hatte mich da so still hinein verbissen: aber erwissen, Mutter, so von einem ganz Großen und Tüchtigen, war's doch eigentlich nicht, daß ich ein ‚Genie' sei. Laß uns nicht weiter darüber nachgrübeln, das hat keinen Zweck. Wohin sollte das führen, wollte man Menschenverantwortlichkeit so weit spannen" Und er küßte ihre Hände.

Ein Anklopfen mit springendem Finger unterbrach die Stille. Herein trat in Schlapphut und verschossenem Lodenmantel Herr Wilfried Stettner, er war gebückt und greisenhaft geworden. Und sie begrüßten sich als wären sie alte Befreundete, die gestern erst beieinander gewesen. Und so verhielt es sich

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230927019/fragment/page=0002